



Geschlechtergerechte Bildung

Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung bemüht sich um eine neue Unterrichtskultur

Warum wählen Mädchen aus drei Lehrberufen und Buben aus ca. zehn verschiedenen Lehrberufen, wo es doch 250 gibt? Warum sind in den Abschlussklassen von Schulen für wirtschaftliche Berufe 90 % Mädchen? Warum finden sich in technischen Studienrichtungen 80 % StudentInnen? Warum unterrichten in Volksschulen ca. 88 % Lehrerinnen und in technischen Schulen 82 % Lehrer? Diesen Fragen widmet sich das Gender-Netzwerk des Projekts IMST (Innovations in Mathematics, Science and Technology Teaching), das vom Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung an der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung durchgeführt wird.

Am 1. Februar 2008 fand zu diesem Thema eine iff-lecture-Veranstaltung unter dem Titel „Geschlechtergerechte Schule? Gestaltungsaufgabe zwischen Dramatisierung und Entdramatisierung“ von Prof. Dr. Hannelore Faulstich-Wieland (Universität Hamburg) und Dr. Jürgen Budde (Universität Halle) in Wien statt. Thema war Geschlecht als zentrale soziale Kategorie in der Schule und damit in den Interaktionen zwischen den SchülerInnen, bei den Lehrkräften oder in der Schulkultur. Der Vortrag analysierte nach einer Einführung in die theoretischen Grundlagen das Thema anhand einer Studie an einer Projektschule und zeigte Perspektiven für Wissenschaft und Praxis bei der Gestaltungsaufgabe geschlechtergerechter Schulkultur auf.

Mit der Unterstützung des Gender-Netzwerks werden derzeit österreichweit 30 Unterrichtsprojekte begleitet, die einen Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit legen. Gleichzeitig startet im Sommersemester der neue Universitätslehrgang „Geschlechtersymmetrie in der Schule“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Ass.-Prof. Dr. Susanne Dermutz. In vier Semestern werden Lehrende aller Schultypen und Personen, die in der LehrerInnenbildung tätig sind, die eigene – oft geschlechtergeprägte – Fachkultur analysieren, ihren Unterricht reflektieren und neue Wege eines geschlechtergerechten Unterrichts entwickeln.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://ius.uni-klu.ac.at> bzw. <http://imst.uni-klu.ac.at/gender>.



„Alternative Economics, Alternative Societies“, Ausstellungsprojekt von Oliver Ressler, 2003 – 2008 (Installationsansicht: Kunsthooone, Tallinn 2006)

DIE ZUKUNFT DER GESCHLECHTERDEMOKRATIE

Ein Rückblick auf die Arbeitstagung vom 12. und 13. Dezember 2007

Individuelle Wege und alternative Lebenskonzepte der Menschen implizieren unterschiedliche Bedürfnisse, die in westlichen Demokratien nicht selten vom Gleichheitsgrundsatz vereinnahmt und von vorherrschenden Strukturen unsichtbar gemacht werden. Doch was passiert mit dem Individuellen und Alternativen, wenn es rechtlich legitimiert wird? Wird es damit eher von der Mehrheit anerkannt (Christine Klapeer, Dissertationsstipendiatin Innsbruck/Wien), wie gehen Gemeinschaften auf einer psychologischen Ebene damit um (Jacob Guggenheimer, Klagenfurt)? Müsste es fähig sein, sich in vorherrschenden Strukturen zu integrieren (Utta Isop, Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien, Klagenfurt)? Werden Sonderrechte geschaffen, um von der gesetzten Norm Abweichendes weiterhin als ungleich zu behandeln (Sushila Mesquita, DOC-Stipendiatin, Wien)? Wird es von einem neuen Vielfalts-Grundsatz vereinnahmt (Nikolaus Benke, Institutsvorstand der Rechtswissenschaften, Wien) oder spielt das Politische in kapitalistischen und liberalen Gesellschaften keine Rolle mehr (Friederike Habermann).

Oder wird es etwa selbst zur Norm (Alice Pechriggl, Vorständin des Instituts für Philosophie, Klagenfurt)? In Oliver Resslers wandernden und sich erweiternden Ausstellung sind individuelle Wege nicht die Ausnahme, sondern tragen Flexibilität und Vielseitigkeit. Als Künstler hatte er vielleicht die größeren Freiheiten, zeugte jedoch gemäß der Grundstimmung der Tagung von einem nicht minder ernsthaften Bemühen sich auf die Schwierigkeit einzulassen, enorme Komplexitäten zu transportieren.

Als Organisatorin der Tagung hatte Alice Pechriggl große Ansprüche an die ReferentInnen, da sie sich jedweder Normierung verwehrt, um die Partizipation von allen so genannten Minderheiten in demokratischen Prozessen überlegen zu können. Das „Ergebnis“ dürfte ihr gefallen, denn statt festgeschrieben, wurden viele Überlegungen aufgeworfen, die in Zukunft sicherlich Grund für Zusammenarbeit sein werden.

Daniela Gronold und Walburga Pirolt